

Bezugspreis: Für die zweite Hälfte August 500000 M. vorwärts zahlbar. Unter Bezugnahme für die zweite Hälfte August für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Österreich und Bulgarien 600000 M., für das übrige Ausland 650000 M. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Woll und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Weltweit“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis: Die einseitige Reklameweile kostet 250000 M. Reklameweile 1800000 M. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 120000 M. (jährlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60000 M. Stellenangebote das erste Wort 60000 M., jedes weitere Wort 45000 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnementen Seite 40000 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Dönhofsstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 30. August 1923

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Postfachkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direction der Diskonto-Gesellschaft, Depotkassa Lindenstraße 3

## Markverderber an der Arbeit.

### Die Mark in New York besser als in Berlin.

Der Dollar, amtlich unter scharfen Zuteilungen mit 7,5 Millionen Mark notiert, erreichte gestern im freien Verkehr Kurse von mehr als acht Millionen Mark. Die Treiberei gegen die Stützungspolitik ist also schon wieder in vollem Gange, wenn auch nicht mit dem gleichen Erfolge wie in der letzten Amtszeit der Regierung Cuno, die es an Energie gegen die Devisenspekulation allzusehr fehlen ließ. Die neue Erhöhung des Dollarkurses und die gleichzeitig einsetzende stürmische Aktienhausse ist ein schlagender Beweis gegen die angebliche Unfähigkeit der führenden Wirtschaftskreise, die Ruhrsteuern zu zahlen. Geld für spekulative Zwecke steht ausreichend zur Verfügung, wenn es aber ans Steuerzahlen geht, droht man mit Betriebsstillegungen und führt sie auch in großem Umfange durch. Das ist der Ruhrkampf der Prozentpatrioten!

Die Devisenkäufe, welche das ganze Volk mit weiterer unerhörter Teuerung bedrohen, gehen nach wie vor in erster Linie zurück auf das besetzte Gebiet. Ueber Köln, wo die Kontrolle des Devisenverkehrs infolge der Besetzung nur unzulänglich funktioniert, werden große Kaufaufträge von Firmen des besetzten Gebietes erteilt und zum Teil direkt nach Amsterdam weitergeleitet. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Wenn es nicht gelingt, die Kontrolle des Devisenverkehrs in wirksamer Weise auch im Rheinland und im Ruhrgebiet durchzuführen, so muß man endlich einmal die Kredite, die diesen Kreisen vom Reich erteilt werden, auf das schärfste beschränken und sie in einer Weise erteilen, die das Interesse dieser Leute an der Entwertung der Mark nimmt. Zu seinen übrigen Opfern kann sich das deutsche Volk nicht den Luxus von Besatzungsgewinnern leisten.

Die Vorgänge am Devisenmarkt zeigen auch erneut, wie notwendig die Schaffung eines Devisenfonds zur Stützung der Mark ist, dessen Durchführung jetzt erfolgt und natürlich von den Interessenten mit allen Mitteln bekämpft wird. Bricht die Mark gänzlich zusammen, so ist es auch um die deutsche Wirtschaft geschehen. Die Beschaffung der zur Markstützung notwendigen Devisen ist für das Reich und damit auch für die Industrie geradezu zu einer Lebensfrage geworden. Das sollten sich auch diejenigen Industriefreie gesagt sein lassen, die jetzt die Notverordnung bekämpfen oder sie zu umgehen versuchen. Wird der Notverordnung nicht Folge geleistet, so werden wir von der Regierung verlangen

müssen, daß sie mit der größten Rücksichtslosigkeit das Interesse des Volksganzen gegen die Treibereien einzelner Interessentengruppen durchsetzt.

Zu einem wesentlichen Teil ist die Devisenhausse auch durch einen künstlich gesteigerten Wareneinfuhrbedarf herbeigeführt. Die Kohlenpreise liegen über den Weltmarktpreisen, auch die Preise anderer Waren sind derart über das Weltmarktpreisniveau hinausgegangen, daß es sich trotz der niedrigen deutschen Löhne lohnt, diese Waren aus dem Ausland einzuführen. Zu verlangen ist, daß hier das Reichswirtschaftsministerium entschieden eingreift, um die Interessenten zu veranlassen, auf ihre Uebergewinne zu verzichten und dadurch insbesondere die Kohlenpreise zu senken. Sonst müssen die Devisenkurse infolge der Warenpreissteigerung weiter in die Höhe gehen. Notwendig ist auch eine straffe Beschränkung der Einfuhr, welche die Entfaltung dieses künstlich herausgeschworenen Devisenbedarfs verhindert. Es muß alles mit großer Beschleunigung geschehen, was der Dollarkurstreiberei entgegenzuwirken geeignet ist.

### Die Mark in New York.

Auch die gestrige Kursgestaltung der Mark im Ausland bestätigt, daß die Vorstöße der Spekulation gegen die Mark hauptsächlich von inländischen Interessenten erfolgen. Nach dem Schlußkurs der New Yorker Börse ergab sich dort eine Parität von 7,14 Millionen Mark für den Dollar gegen mehr als 8 Millionen, die man im Berliner Freiverkehr bereits für den Dollar nannte.

### Die Tätigkeit der Devisenschieber.

Die Devisenbeschaffungsstelle weist darauf hin, daß ihr in den letzten Tagen verschiedene Fälle zur Kenntnis gekommen sind, in denen Bankier zahlreiche Einzelposten von Reichsmarkbeträgen bis zum Gegenwert von 10 Pfund Sterling gleichzeitig an einem Tage zugunsten der gleichen Zustandsadresse zur Verschleudung gebracht haben. Hiermit ist unzweifelhaft unter Ausnutzung der formalen Freigrenze für Kleinüberweisungen eine Umgehung des Markverkaufsverbots beabsichtigt und verwickelt.

Die Devisenbeschaffungsstelle wird derartige ihr zur Kenntnis kommende Umgehungsversuche unmissverständlich zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

## Ermordung einer italienischen Kommission.

### Au der Grenze Albanien.

Paris, 29. August. (Eco.) Aus Athen wird gemeldet, daß General Tellini, der Vorsitzende der Interalliierten Kommission zur Festsetzung der alliierten Grenzen und Führer der italienischen Delegierten in dieser Kommission, sowie Major Scortie und Leutnant Conati, beides italienische Mitglieder derselben Kommission, von Unbekannten auf der Landstraße von Jannina nach Sanit Quaranta, in der Nähe der albanischen Grenze, gestern früh überfallen und ermordet wurden. Auch der Chauffeur des Autos, in dem die Delegierten saßen, sowie der Dragoner der Kommission wurden getötet. Die griechischen Behörden haben sofort energische Maßnahmen eingeleitet, um die Ergreifung der Schuldigen zu beschleunigen. Der Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums hat sich im Namen des Außenministers zu dem italienischen Gesandten begeben, um ihm das Bedauern der griechischen Regierung auszudrücken und zu versichern, daß die schärfsten Maßnahmen gegen die Schuldigen eingeleitet wurden.

## Englischer Pessimismus.

### „Die Lage noch immer unklar.“

London, 29. Juli. (B.T.B.) „Reuter“ erfährt, der allgemeine Eindruck, der in zuständigen, jedoch nicht offiziellen Kreisen heute vorherrsche, sei, daß die belgische Note die Frage nicht sehr beträchtlich gefördert habe. Tatsächlich sei man der Ansicht, daß die Lage ungefähr ebenso unklar sei, wie vor dem Noten-austausch zwischen England und seinen Alliierten. Das Ruhrproblem, das in England allgemein als der Angelpunkt der gesamten Frage angesehen werde, sei sicher einer Lösung nicht nähergebracht worden. Mit Bedauern werde festgestellt, daß in der belgischen Note der britische Vorschlag einer internationalen Kommission zur Festsetzung der Zahlungsfähigkeit Deutschlands nicht erwähnt werde. Man sei der Ansicht, daß eine Erklärung der Alliierten, welche Summe sie von Deutschland erhalten möchten, wirklich vollkommen wertlos sei, und daß die gesamte Reparationsfrage vom Standpunkt der höchsten Zahlungsfähigkeit betrachtet werden müsse. Nach einer Prüfung der finanziellen Seite der belgischen Note habe man, daß die Räte den Zahlungsplan vom Mai 1921 zwar beträchtlich vermindere, der die Verpflichtung Deutschlands auf 132 Milliarden Goldmark festsetze, daß aber die Annahme des belgischen Vorschlags immer noch die Bezahlung von ungefähr 80 Milli-

arden für Reparationen nach sich ziehen würde. Eine derartige Summe werde seit langem in zuständigen Finanzkreisen Englands als vollkommen außer Frage stehend angesehen.

### Sozialistische Kritik an der belgischen Note.

Paris, 29. August. (B.T.B.) Das Gewerkschaftsblatt „Peuple“ schreibt, man könne es den Belgiern nicht übelnehmen, daß sie einen verständlichen Schritt zu unternehmen versuchten und ihren Wunsch zeigten, Frankreich und England einander näher zu bringen. Man müsse aber daran zweifeln, ob dieser Schritt in der Art, wie er getan und unter den Umständen, unter denen er unternommen worden sei, große Aussicht auf Erfolg habe. Um ruhbringende Besprechungen abzuhalten, sei ein Mindestmaß vorheriger Verständigung und eine gemeinschaftliche Grundfolge der Unterhaltung notwendig. Auch müsse selbstverständlich der aufrichtige und tatsächliche Wunsch vorhanden sein, zu einer Vereinbarung zu kommen. Einzig und allein die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands gestalte eine endgültige Begrenzung der deutschen Verpflichtungen. Die Logik wolle also, daß Unterhaltungen mit Deutschland zum mindesten die Unterhaltungen unter den Alliierten vervollständigen. Der gesunde Menschenverstand weise darauf hin, daß man anderenfalls immer weiter in eine Sackgasse komme. Poincaré habe gegen die richtige Methode sein Veto eingelegt, und seine belgischen Kollegen hätten es nicht gewagt, einen Schritt in dieser Richtung zu unternehmen. Das sei bedauerlich.

### Sollmanns Staatssekretär.

Als Staatssekretär im Reichsministerium des Innern ist der Geheimen Regierungsrat im Reichsjustizministerium Zweigert in Aussicht genommen.

Der neue Staatssekretär gehört keiner bestimmten politischen Partei an, ist aber im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger, dem Freiherrn v. Belfer, unbedingter Republikaner. Er war einer der Mitarbeiter an der Weimarer Verfassung und gilt als der beste Kenner der jetzigen Reichsverfassung. Unter den von ihm verfaßten juristischen Kommentaren ist vor allem der zum Gesetz zum Schutze der Republik hervorzuheben.

Bei der irischen Generalwahl sind alle Mitglieder des bisherigen Kabinetts mit großen Mehrheiten gewählt worden, ausgenommen im Süden der Insel, wo der Generalführer der Rebellen eine rege Tätigkeit entfaltete.

## Beamtenfrage und Politik.

### Von Albert Falkenberg.

Die allgemeine politische Lage drängt wie zur Auflösung so mancher längst aktuell gewordener, bisher aber immer wieder vorsichtig umschiffter Probleme nun auch zur Lösung der Beamtenfrage. Niemand kann zur Stunde wissen, ob und in welchem Umfange es der neuen Regierung gelingen wird, die ihr gestellten Aufgaben zu bewältigen. Wenn die Schichten der schaffenden Arbeit sich nicht mitschuldig machen wollen an möglichen Fehlschlägen, dann müssen sie noch in dieser Stunde alle Energien aus ihren Kreisen zur Stützung der neuen Regierung mobilisieren. Das gilt nicht nur allgemein für die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft, sondern im besonderen Maße auch für die Beamenschaft.

Sie hat sich auf Grund einer jahrhundertlangen Erziehung in dem und durch den Obrigkeitsstaat gewiß nicht in jedem Falle fähig erwiesen, berufliche Forderungen im Lichte der Allgemeinpolitik zu sehen bzw. ihre Lösung im Sinne staatspolitischer Notwendigkeiten zu verfolgen. Im ganzen aber darf festgestellt werden, daß — namentlich unter der Einwirkung der politischen Vorgänge der Nachkriegszeit — die deutsche Beamenschaft angefangen hat, ihre Berufspolitik in die Linie der Großpolitik einzuordnen und eine Praxis zu betreiben, die der Devisenpolitik den eminent politischen Charakter der Beamtenfrage vor Augen zu rücken geeignet ist. Die Möglichkeit solchen Erfolges der Berufspolitik der Beamten darf schon deswegen nicht gering eingeschätzt werden, weil, wenn sie Wirklichkeit wird, die Meinungsumstellung der nichtbeamteten Devisenpolitik in der Frage der politischen Bewertung des Beamtentums die Beamtenspolitik voraussichtlich erfolgreicher gestalten würde. Die sehr oft in Reichsbeamtenkreisen beliebte oberflächliche Beurteilung der Stellung des Beamten im und zum Staate ist wenig geeignet, eine innere Annäherung beider Lager vorzubereiten. Sie kann nur erreicht werden, wenn zunächst einmal auf beiden Seiten die politische Lage als realer Maßstab für die Beurteilung beamtenpolitischer Maßnahmen Geltung gewinnt. Auf der Grundlage einer derart der Wirklichkeit angepaßten Praxis wird sich nicht nur die grundlegende Verständigung über die Beamtenfrage im ganzen, sondern auch über Teilfragen erreichen lassen, wie sie u. a. bezüglich der vierteljährlichen Gehaltszahlung und des Beamtenabbaus zurzeit lebhaft diskutiert werden.

Ebenso wenig wie gelegnet werden kann, daß, um nur diese Frage herauszugreifen, die Vierteljahrszahlung der Beamtengehälter in dieser Zeit finanzpolitischen Chaos nicht nur für die Geldwirtschaft des Staates eine schwere Belastung darstellt, ebensowenig darf verkannt werden, daß jeder — unter Umgehung der den Beamten für eine gesicherte Daseinsführung verfassungsmäßig und gesetzlich zugestandenen Garantien — von Seiten des Parlamentarismus in dieser Frage errungene Sieg eine schwere Erschütterung des Vertrauens der Beamten in das berufsmäßig von ihnen zu vertretende Regierungssystem bedeuten würde, deren Auswirkungen sich unter Umständen in einer Steigerung negativer Gefühlsmomente gegenüber der republikanischen Staatsform bemerkbar machen könnten. Realpolitiker haben mit Tatsachen zu rechnen, d. h. sie dürfen an ihnen nicht mit einer Handbewegung vorbeigehen. Kein ernsthafter Politiker aber wird behaupten wollen, daß ausgerechnet die Einstellung der Beamten zur Republik bedeutungslos sei. Die Spuren schrecken.

Diese Andeutung mag genügen, um die Verantwortlichkeit von Regierung und Parlament bei der Lösung der Frage der Aufhebung vierteljährlicher Gehaltszahlung zu beleuchten. Nicht weniger Verantwortung tragen die Vertreter der Beamenschaft, die mit den amtlichen Instanzen die Diskussion über diese Frage zu führen haben. Sie können nicht nur verlangen, daß ihnen die Gegenseite mit überzeugenden Gründen die unbedingte Notwendigkeit der Erfüllung ihrer Forderung nachweist, sondern auch, daß ihre eigenen Gründe in Rechnung gestellt und sie selber als die Anwälte der Beamenschaft zur Verteidigung eines jener wohlverworbenen Rechte gewertet werden, die im Artikel 129 der Reichsverfassung ihre Sicherung gefunden haben. Nur Objektivität kann hier die Entscheidung herbeizuführen. Sie zu gewinnen, ist nicht leicht. Der Weg zu ihr führt über die Erkenntnis, daß mehr denn je in Zeiten der Not des Vaterlandes der einzelne Berufsstand der Gesamtheit zu opfern hat, vorausgesetzt, daß ihr mit diesem Opfer auch wirklich gedient wird. Das zu unteruchen, ist Sache der zuständigen Stellen — Regierung, Parlament und Gewerkschaften. Geschehe es nicht, dann möchte vielleicht zuerst auf Seiten der „Sieger“ der Erfolg in dem ernst zu nehmenden Kampfe mit dem Ausruf: Tant de bruit pour une omelette! quittiert werden.

Wenn schon der Kampf um die Vierteljahrszahlung der Beamtengehälter zur Herbeiführung der Gesundung der deutschen Wirtschaft geführt werden muß, dann sollte von den Männern der neuen Regierung aber auch erkannt werden, daß zur Lösung der ihnen vom deutschen Volke gestellten



Hauptaufgabe die Gesundung des Beamtenkörpers im Sinne der demokratisch-republikanischen Staatsauffassung gehört, und daß mit dieser „Gesundung“ nur durch beschleunigte Verabschiedung des Entwurfs eines Beamtenrätegesetzes begonnen werden kann. Wer Menschen für die Republik gewinnen will, kann dies nur von innen her erreichen. Durch Festsetzung werthvoller Gehälter allein, läßt sich kein Beamter republikfreundiger stimmen. Er fordert der Zeitentwicklung angepaßte Garantien für die Möglichkeit der Mitbestimmung über sein Dienstverhältnis durch ein Beamtenrätegesetz mit Mitbestimmungsrecht und Schlichtungsausschüssen.

Was aber ist bisher geschehen, um die eigentlich selbstverständliche Erfüllung dieser Staatsnotwendigkeit im Volksstaat zu erreichen? Alle, die darum wissen, was nicht geschehen ist, werden auf diese Frage mit einem tiefen verständnisvollen Schweigen antworten. Die Hoffenden aber stellen an die neue Regierung die dringliche Frage: was nun? Die Beratungen des Rätegesetzentwurfs können mit Schluß der zweiten Lesung im 23. Ausschuss des Reichstages als „totgelaufen“ abgetan werden. Die Zusammenziehung des Reichstages hat sich auch mit der Neubildung der Regierung nicht geändert. Es stünde also zu erwarten, daß nach Wiederaufnahme der Beratungen an irgendeiner Wendung des Beratungsverlaufes ein obermaliger Verlaufs festgesetzt werden müßte, der leicht zu einer Zurückziehung des Entwurfs seitens der Reichsregierung führen könnte. Dahin darf es nicht kommen. Es muß ein Ausweg von innen her, vom Dreißigwanziger-Ausschuss selber gefunden werden. Er sollte antragsgemäß die nochmalige Ueberprüfung des Inhalts des vorliegenden Gesetzentwurfes durch vielleicht je einen Vertreter der sieben Reichstagsfraktionen fordern. Wenn auch einige unangenehmen an die Materie herantretende Mitglieder des Reichsrats in eine Nachprüfung feiner in bezug auf das Beamtenrätegesetz gefaßten Beschlüsse eintreten und beide Gremien die Angleichung der ihrerseits erzielten Ergebnisse erreichen würden, dann ließe sich auf neue die Herstellung einer Grundlage erhoffen, auf der sich die Verabschiedung des Entwurfs im Plenum des Reichstages voraussichtlich ohne besondere Schwierigkeiten bewerkstelligen ließe.

Die Beamten erwarten schließlich die Einlösung der ihnen in der Verfassung bzgl. Schaffung einer gezielten Beamtenvertretung gegebenen Zusage, die Reichsregierung aber würde durch die Förderung positiven Handelns in der Frage des Beamtenvertretungsgesetzes nicht nur einer berufspolitischen Forderung der Beamten zur Erfüllung verhelfen, sondern mit ihrer Verwirklichung endlich die Möglichkeit des Beginns einer großartigen und systematisch durchzuführenden Demokratisierung der Verwaltung schaffen. In einer vom Vorstande des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes am 22. August 1923 unter einmütiger Zustimmung der Vertreter aller angesehenen Verbände angenommenen und in Nr. 391 des „Vorwärts“ vom 23. August bereits veröffentlichten Entschließung wird „ein wesentliches Hindernis für die Durchführung“ der vom A.D.B. geforderten wirtschaftspolitischen Maßnahmen „auch in dem bisherigen Verhalten der Verwaltungsbürokratie“ erblickt und deshalb „die endliche Verwirklichung der Demokratisierung der Verwaltung im Sinne der Verfassung“ gefordert, „damit die Kräfte der auf dem Boden der Republik stehenden Beamten zu verantwortlicher Mitarbeit frei werden“. In dem Augenblick, in dem diese Forderung verwirklicht wird, ist zwar noch nicht die Republik gerettet, wohl aber eine Garantie mehr dafür gegeben, daß mit der geistigen Umstellung weiter Teile der Verwaltungsbürokratie die republikanische Praxis an Boden gewinnt.

Schon diese kurzen Ausführungen zeigen, in wieweit starkem Maße die Lösung der Beamtenfrage von der augenblicklichen politischen Lage beeinflusst wird, und daß letztere mit der ersten durch innere Zusammenhänge verbunden ist. Darum ist zweierlei nötig. Einmal müssen die maßgeblichen Stellen in der Regierung und in den Parlamenten erkennen, daß die

bisherigen beamtenpolitischen Methoden der Vergangenheit angehören sollten, und daß die grundlegende Lösung der Beamtenfrage nicht durch gelegentliche Konzessionen an die Beamten erreicht werden kann, sondern allein durch Verwirklichung der aus der Neubewertung der Stellung des Beamtenums im Volksstaat zu ziehenden Konsequenzen. Zum anderen — und diese Seite des Problems ist vielleicht die bedeutungsvollere — muß von den Beamten als Grundlage ihrer beamtenpolitischen Praxis die Erkenntnis gefordert werden, daß es zur Erreichung ihrer berufspolitischen Ziele viel weniger auf die beamtenpolitische als auf die beamtenpolitische Vertretung ihrer Forderungen ankommt.

Allerdings noch mehr als auf Programme kommt es auf zielklares politisches Handeln an. Man kann nicht, wie es am 26. Mai 1923 in einer Beratung der Frage des Dienstverhältnisses der Angestellten bei den Versicherungsträgern im Reichsarbeitsministerium von dem Vertreter einer Beamtenspitzenorganisation geschehen ist, einmal seine Bereitwilligkeit zur Mithilfe „an dem erforderlichen Abbau des Beamtenkörpers“ erklären und hinterher in einem Aufruf zur Existenzhaltung der eigenen Organisation den Mitgliedern gaulich zu machen mit dem „Pläne der Regierung“, nach dem „nicht weniger als 400 000 Beamte abgebaut werden sollen“. Wer mit solchen Methoden arbeitet, kann nicht erwarten, politisch ernst genommen zu werden. Der Beamtenabbau kommt, darüber ist allmählich auch der Beamte in der fernsten Provinzstadt unterrichtet worden. Wer in der Beamtenenschaft den Glauben weckt, der Abbau sei grundsätzlich zu hindern, bewegt sich entweder selbst in falschen Vorstellungen oder predigt diesen Glauben wider besseres Wissen, um agitatorisch damit zu wirken. Wer die politische Lage sieht, wie sie ist, muß den Mut aufbringen, sich auch in der Dessenlichkeit zu seiner Meinung zu bekennen. Was die Beamten in dieser Frage verlangen müssen, ist die Mitbestimmung der Art des Abbaues und nicht zuletzt überhaupt erst einmal die Zuziehung zu den Verhandlungen. Wir haben den dringenden Wunsch, die neue Regierung davon zu überzeugen, daß nur durch rechtzeitige Beteiligung der Beamtenvertretung es gelingen kann, die Frage des Beamtenabbaues in einer alle Seiten befriedigenden Weise zu lösen. Würde das nicht geschehen, dann dürfte eine besonders günstige Gelegenheit zur Weiterführung der grundsätzlichen Lösung der Beamtenfrage verpaßt werden.

### Monatliche Beamtengehälter.

Die am Dienstag im Reichsfinanzministerium stattgefundene Besprechung über die Neuregelung der Vorauszahlung bei den Beamtengehältern, an der der Reichsfinanzminister und die Spitzenorganisationen teilnahmen, führte zu der Anerkennung der Auffassung, daß die vierjährige Vorauszahlung in Fortfall kommen muß und künftig höchstens eine monatliche Vorauszahlung erfolgen kann. Der Reichsfinanzminister betonte, daß die Beamtenchaft im Interesse der finanziellen Gesundung des Reiches dieses Opfer bringen müsse. Der Vertreter der höheren Beamten konnte sich mit dem Vorschlag nur schwer befreunden, während die übrigen Beamtenvertreter ihre Bereitwilligkeit zu dem Verzicht erklärten, allerdings unter der Voraussetzung, daß auch von den anderen Berufsständen endlich einmal sichtbare Opfer gebracht werden. Bevor die entsprechende Gesetzesvorlage an den Reichstag geht, wird noch eine Aussprache mit den Spitzenorganisationen stattfinden. Zunächst wird sich das Reichskabinett selbst noch mit der Angelegenheit befassen. Die Neuregelung soll ab 1. Oktober in Kraft treten.

### Reichspostminister Dr. Höfle.

Ämtlich wird mitgeteilt: Der Reichspräsident hat das Mitglied des Reichstages Dr. Höfle zum Reichspostminister ernannt.

Der deutsche Botschafter Sphamer reiste gestern abend von London nach Berlin ab.

### Gegen die Dolchstößler.

Wir wiesen bereits gestern den Versuch der „Deutschen Tageszeitung“ und der ihr gleichgesinnten Presse zurück, aus Anlaß des von uns wiedergegebenen Berichts Thomshaus die Dolchstoßlegende erneut in Gang zu bringen. Recht energisch wendet sich nun auch die demokratische „Berliner Volkszeitung“ gegen dieses skrupellose Treiben der deutsch-nationalen Katastrophenpolitiker:

„Die „Deutsche Tageszeitung“ kann sich starke Worte und historische Reminiscenzen sparen. Im Ruhrrevier wird nicht 1918 gespielt. Die sozialistische Arbeiterschaft hat ihre Gefühle den Okkupationsmächten gegenüber in keiner Weise geändert. Was Tom Shaw als Quintessenz der Meinungen aus dem Westen bringt, ist keine Kapitulationsformel, sondern der ehrliche Versuch, mit dem Gegner endlich zur Aussprache zu kommen. Denn wie anders soll der Konflikt einmal gelöst werden als auf dem Verhandlungsweg? Solange die „Deutsche Tageszeitung“ keine andere Methode nennen kann, fehlt ihr auch die Berechtigung, sich über den zu beklagen, der zuerst ein wirklich präzisierendes Programm aufstellt. Deutscherseits wird doch gerade Herr Poincaré immer vorgeworfen, daß er sich in Allgemeinheiten ergehe und höchstens das sage, was er nicht wolle, aber seine positiven Pläne verdeckt halte. Ist es nötig, daß wir ihn in diesem falschen diplomatischen Spiel unterstützen? Es scheint uns kein Rantö zu sein, offen zu sagen, was Deutschland will, seine Neuordnung oder Doffnung der Ruhrfront, sondern energische politische Unterstützung. Und gerade daran hat es bisher bei uns gefehlt.“

Es wäre naiv zu erwarten, daß die Rechtspresse, die auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiet stets nur das Chaos gefördert, jetzt eine Politik unterstützen würde, die die Lösung der Ruhrkrise auf dem Wege der Verständigung anstrebt. Was man aber von ihr fordern darf, ist, daß sie in diesen schicksalsschweren Tagen durch ihr infames Treiben nicht noch die Lage erschwere, in der sich Reich und Volk befinden.

### „Reichswehrblock Korbach“.

Korbach außer Verfolgung.

Wie die Berliner SS-Korrespondenz mitteilt, ist das Verfahren gegen Korbach in der Angelegenheit des sogenannten „Reichswehrblock Korbach“ in Magdeburg jetzt vom Oberreichsanwalt Ebermeyer wieder eingestellt worden, da sich eine Beteiligung Korbachs an jenen Vorgängen in Magdeburg nicht hat nachweisen lassen.

Die Veröffentlichungen des „Vorwärts“ über den „Reichswehrblock Korbach“ erregten seinerzeit großes Aufsehen, besonders die Tatsache, daß der schon damals in Untersuchungshaft befindliche Korbach von der Leipziger Gefangenenanstalt aus diesen Reichswehrblock geleitet und Tagesbefehle herausgegeben habe. Korbach selbst hat diese Mitteilungen allerdings energisch bestritten und jede Beteiligung an dem Magdeburger Unternehmen von sich gewiesen. Die Einstellung dieses Verfahrens wird zwar die übrigen gegen Korbach schwebenden Geheimbündelverfahren nicht berühren. Aber wenn man dem Freischützer schon in diesem Falle, in dem eine Anzahl Urkunden und Depeschen von ihm vorliegen, schon „nichts nachweisen“ kann, so besteht die Vermutung, daß auch die anderen im Sande verlaufen. Wenn sich Herr Korbach nicht inzwischen selbst „verlaufen“ haben sollte.

Gegen den Kraftfahrer Riehl von der Magdeburger Reichswehrformation, der sich als Beauftragter des „Chefs“ Korbach ausgab, ist die Voruntersuchung wegen Geheimbündelerei inzwischen abgeschlossen. Sollte das Verfahren nicht aber auch noch eingestellt werden?

Kalle Pressesache? Nach der Eca soll sich beschäftigen, daß der Geheimregierungsrat Kalle zum Leiter der Reichspressstelle ernannt werden soll. Die Bestätigung dieser Nachricht würde uns um so mehr in Erstaunen setzen, als dem Reichstagsler bekannt ist, daß die Schaffung einer sozialistischeren Pressestelle unter der Leitung eines Majors a. D. in der sozialdemokratischen Presse und Partei das stärkste Mißbehagen auslösen müßte.

### Bauhaus-Woche Weimar.

Von Adolf Behne.

Wie überall in den deutschen Residenzen gab es auch in Weimar eine Kunstakademie und eine Kunstgewerbeschule, jene für die hohe, diese für die angewandte Kunst. Die Kunstgewerbeschule hatte zu leicht Henry van de Velde in einem modernen Sinne geleitet, d. h. er hatte sein Möglichstes getan, um den Betrieb von einem Zeichentischbetrieb in einen Werkstättenbetrieb umzustellen. Da er aber in Belgien geboren wurde, vertrieben ihn die Weimarer bei Kriegsausbruch aus Deutschland. Seine Schule stand 1918 verwaist. Und verwaist stand bei Kriegsende auch die Kunstakademie durch den Tod ihres Direktors Madensen.

Für die Kunstgewerbeschule wollte man in Weimar den jungen Berliner Architekten Walter Gropius haben. Gropius hatte in Weimar ein Feld an der Seine eine ausgezeichnete Fabrik in Glas und Eisen gebaut, 1914 das Bureaugebäude auf der Kölner Werftbundaustellung gezeigt und war im Vorstand des Werkbundes eine nach vorn drängende Kraft. Er war als Beamter kaum sehr bequem, denn er hatte Ideen und große Ziele. Es gelang ihm 1919, die Thüringische Regierung für den kühnen Plan einer ganz neu sich aufbauenden Kunstunterweisung zu gewinnen, deren Voraussetzung die Vereinigung von Akademie und Kunstgewerbeschule war. Gropius' Programm war die Abwendung gleichermaßen vom Akademischen wie vom Kunstgewerblichen. Er ließ Akademie und Kunstgewerbeschule untergehen in einem „Bauhaus“.

Dieses Bauhaus arbeitet nun vier Jahre. Als Lehrer wirken neben Gropius Feininger, Kandinski, Schlemmer, Moholy-Nagy, Ruder, Gerhard Marcks, Klee, Adolf Meyer. Diese als sogenannte „Formmeister“. Neben ihnen stehen die „technischen Meister“ der Tischlerei, Stein- und Holzbildhauerei, des Tischlerei, Weberei, Druckerei, Wandmalerei, der Glaswerkstatt und der Bühnenwerkstatt. Mehr noch als bei van de Velde wird aller Nachdruck auf die Arbeit in den Werkstätten gelegt.

Am 15. August (bis Ende September) eröffnete das Bauhaus eine Ausstellung von Arbeiten der Lehrer und Schüler (im Landesmuseum), eine Ausstellung der Werkstätten und eine Darstellung des allgemeinen Lehrganges auf der Basis des Itenschen Elementarunterrichts (im Bauhaus), eine Darstellung dekorativer Probestücke (ebendort) und im Werkstättenbau, eine Ausstellung Internationaler Baukunst (im Bauhaus) und es zeigt am Horn ein neu gebautes und einbisherig eingerichtetes Einfamilien-Wohnhaus als gemeinsame praktische Arbeit aller Werkstätten. Die anderen Objekte treten an Wichtigkeit hinter dem Wohnhaus zurück, denn die letzten Absichten eines Bauhauses können sich hier am ehesten dokumentieren.

Welches sind die letzten Absichten des Bauhauses? Gestaltung einer jeden Sache aus ihren elementaren Gegebenheiten unter strikter Ablehnung aller schmückenden, verschönernden, unnötigen, unsachlichen Bestandteile. Ist eine Sache aus ihren Materialien — und zwar aus den für sie besten Materialien! — wirklich geformt, so weiß die Strenge und Reinheit ihrer Gestalt jedes Ornament, jede äußere Zutat ab. Schon van de Velde pries die neutrale Schönheit der Maschine, und Adolf Loos geißelte das Verbrechen des Ornaments. Nicht Puritanismus und

ästhetische Armleichtigkeit ist die Folge dieser Einstellung, sondern eine Verbindung von Wahrheit und Schönheit, die modernen Sinnen entspricht. Feinstichige Ökonomie der Mittel, aber auch subtilster Reiz der Mittel, Prägnanz, Friede und Frische.

Daß eine staatliche Kunstschule diese prinzipielle Stellung einnimmt, ist im höchsten Maße erfreulich. Daß das Bauhaus noch längst nicht konsequent in dieser Haltung ist, kann in dieser Ausstellung nicht gut bestritten werden. Gerade das Haus am Horn zeigt ein Schwanken und Umbiegen, das oft verdrieht, ein Nachgeben doch wieder an das Dekorative, das scharfen Widerspruch weckt, ebenso wie die Verzettlung der Kräfte auf bloße Ausschmückungsarbeit (Schlemmers Stur). Trotzdem: Hier ist ein neuer und kühner Versuch vier Jahre unter größten äußeren und inneren Schwierigkeiten durchgeführt worden. Ich möchte nicht, wo in Europa, Rußland ausgenommen, ein zweiter dieser Art gewagt worden wäre. Die vier Jahre haben manche innere Wandlung gebracht, und vielleicht leidet die Ausstellung darunter, daß sie in einem Zeitpunkt erfolgt, da sich das Bauhaus eben von einem romantischen Akt des Handwerks umzusetzen beginnt zu einer vorurteilslosen Beherrschung der Technik und der Industrie, hierbei aber, wie der Vortrag von Gropius über „Kunst und Industrie“, eine neue Einheit bewies, zu einer vollen Klarheit noch nicht gelangte. Am weitesten voran in der Umstellung scheint mir die Goldschmiedewerkstatt unter dem technischen Meister Sielert, dessen Ringe und Anhänger in der Form noch konventionell sind, aber auf einem neuen konstruktiven Prinzip beruhen, das die Form bald genug erneuern wird. Eine Parallele von der Kunstgewerbeschule Halle: Kanne und Tasse aus der Werkstatt Weinands, die ganz rein aus den Funktionen des Fassens, Gießens, Siebens usw. zu absolut einfachen und schönen Formen typischen Charakters entwickelt sind, die als Massenware in der Form gepreßt werden können. Dagegenüber ist der Betrieb des Bauhauses noch viel zu snobistisch, auch dort, wo er primitiv-archaisch sein will.

Mit seinem Vortrage eröffnete Gropius die Bauhaus-Woche, eine Reihe von Vorträgen, Konzerten und Aufführungen, die die ersten Ausstellungstage begleiteten. Nicht alle Einbrüche dieser Woche waren stark. Doch hatte das Ganze Intensität, Frische und eine gewisse Festigkeit. Unter den Vorträgen (Gropius, Kandinski, Dud) war der J. J. B. Duds der menschlich und künstlerisch reifte. (Benedictuswertes holland, in dem Führer der jungen Architektengeneration wie Dud und Greve die Bauämter großer Kommunen leiten... Rotterdam und Haag.) Das Triadische Ballett zeigte Oscar Schlemmer als einen unerhörten begabten Meister in der Beherrschung aller Bühnenmittel. Es dürfte da in Deutschland keinen zweiten Köhner dieses Ranges geben. Sein mechanisches Spiel am Kabarettabend wiederholte den Beweis. Die Fülle köstlicher technischer Einfälle, die sublimen Sicherheit des Geschmacks, die Präzision der Arbeit sind unvergleichlich, und der Eindruck wäre künstlerisch rein und groß, wenn nicht eine gewisse kunstgewerbliche Besorgnis ihn färbte. Es ist aber zu bedenken, daß das Ballett eine Arbeit von 1912 ist. Wahrscheinlich würde Schlemmer heute freier von Aesthetik und Eitel die gemogtesten Dinge verwirklichen. Ein großes Varieté sollte ihm diese Möglichkeit geben, mit alten Tänzen und neuer Musik. Der Kabarettabend der Schüler im Theater Stadttheater, einem Umbau von Gropius und Meyer, begann vielversprechend mit einem grotesken Tanz mechanisierter Menschen und einem reizvollen Spiel

von Lichtreflexen. Der Schluß der Bauhauswoche waren zwei Konzerte unter Hermann Scherchens Leitung.

Wir wiederholen: Das Bauhaus fordert in mancher Hinsicht zur Kritik heraus. Doch kann diese nicht beeinträchtigen die Dankbarkeit, die wir seiner unerhört kühnen und schwierigen Arbeit zollen. Wir wünschen den Fortgang dieser Arbeit, durchaus vertrauensvoll auf den Ernst und die Fähigkeit ihres Leiters. Noch spürt man Akademiem und Kunstgewerbe, die alten Ressorts, durch die Arbeit hindurch. Das wahre Bauhaus wird die nächste Ausstellung zeigen.

Vererbung von Zwillingen durch den Mann. Daß bei der Entdeckung von Zwillingen erbliche Anlagen mitbestimmt sind, ist bekannt. Doch ist der Erbgang im einzelnen noch nicht festgestellt. Verschiedene Gelehrte vertreten die Ansicht, daß nur die Frau die Anlage zur Vererbung besitze und nicht der Mann. Nun ist man aber in letzter Zeit, wie Abrecht Peiper in der „Klinischen Wochenschrift“ mitteilt, zu einem anderen Ergebnis gekommen. Man fand, daß die Geschwister von Zwillingmüttern ebenso wie die von Zwillingvätern um ein Mehrfaches häufiger Zwillinge erzeugten, als eigentlich der Erwartung entsprach. Damit ist eine Uebertragung durch das männliche Geschlecht erwiesen. Ungewöhnlich treffend wird diese Tatsache durch einen Stammbaum beleuchtet, bei dem es sich um eine Mutter handelt, die zuerst einen Mann heiratete, der ein Zwillingenkind war. Sie gebar von ihm neunmal hintereinander Zwillinge. Dann heiratete die Frau, in deren Familie keine Zwillingengeburt vorgekommen waren, einen Mann, in dessen Familie ebenfalls Zwillinge nicht erblich waren, und gebar von ihm sechs einzelne Kinder. Die Anlage zu Zwillingen ist also hier zweifellos durch das männliche Geschlecht weitergegeben worden.

Ozeangebeige. Eine bemerkenswerte Entdeckung ist im südlichen Atlantischen Ozean gemacht worden. Als die Cistern Telegraph Company das Kapabel im Jahre 1899 legte, wurde die Route zwischen St. Helena und Kapstadt durch Lotungen untersucht. Das Kabel wird jetzt repariert, und das Schiff, das die Arbeiten vollbringt, fand an einer Stelle, wo die Karte eine Tiefe von 5,5 Kilometer zeigte, daß der Meeresboden sich bis zu 1,4 Kilometer unter der Oberfläche gehoben hatte. Das Bett des südlichen Atlantischen Ozeans besteht aus einer Reihe von Gebirgen, die in den Inseln St. Helena und Ascension über die Meeresoberfläche emporragen. Die Beobachtung zeigt nun, daß eine kürzliche vulkanische Erscheinung unter Wasser ein neues Gebirge hat entstehen lassen.

Im Deutschen Opernhaus sind vom 1. bis 15. September mehrere Gastspiele von Richard Schirck, Alfred Piccaver, Wien, Vera Schwarz, Claire Zug, Cabier und Palmores vorgeführt. Als erste Komödie unter der musikalischen Leitung Leo Bloch und der Regie des Oberregisseurs Dr. Pauly ist ein Mitternachtsstück in Vorbereitung mit Herzog Blaubarts Burg von Bela Bartok, „Der Pantel“ von Puccini und „Das Rusch-Rusch“ von Paul Hindemith.

Im Berliner Theater geht die Operette „Süßes Süß“, die seit dem 31. Mai im Sailer-Theater zur Aufführung gelangte, vom 1. Sept. an allabendlich in Szene.

Zwischen Frankreich und Amerika ist ein neues transatlantisches Kabel gelegt worden. Es beginnt bei Rodman in der Nähe von New York und geht dann über Neufundland und die Azoren nach La Gobre. Durch dieses Kabel können in der Minute 1300 Worte übermittelt werden; es ist damit das leistungsfähigste aller Kabel.



## Die bayerische Nebenregierung.

München, 29. August. (Eig. Drahtbericht.) Die bayerische Regierung hat sich einem neuen Diktat der Vaterländischen Verbände gebeugt. Es gilt, den leitenden Bosten der in Nürnberg neu errichteten staatlichen Polizeidirektion zu besetzen, für den der Minister des Innern ein Einvernehmen mit der Regierung zum Zweck hat. Die Vaterländischen Verbände ins Zeug und verlangten die Bestallung des bisherigen Staatskommissars Gareis zum Polizeidirektor, weil nur dieser angeblich das Vertrauen der Nürnberger Bevölkerung genießt. Diesem Wunsch ist der Minister mit mißtrauischer Nachgiebigkeit nachgegeben. Am 1. Oktober wird als Polizeidirektor von Nürnberg ein Mann amtieren, mit dessen bisheriger Tätigkeit nur die geschworenen Feinde der Republik und der republikanischen Verfassung zufrieden sind. Im übrigen ist auch die bayerische Regierung seit langem davon unterrichtet, daß die überwiegende Mehrheit der Nürnberg-Fürther Bevölkerung, darunter insbesondere die Arbeiterchaft, in Herrn Gareis keineswegs den Schutzherrn unparteiischen Rechts und verfassungsmäßiger Ordnung erblickt. Wenn sie aber trotzdem den Vaterländischen Verbänden entsprechen zu müssen glaubte, so ist das nur ein neuer Beweis dafür, daß in Bayern nicht die durch den Landtag bestimmte Regierung die Leitung des Staates in Händen hält, sondern die bekannte Nebenregierung jener Kreise und Organisationen, die dem heutigen Staat in erbitterter Feindschaft gegenüberstehen.

## Opposition der christlichen Arbeiter.

München, 29. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Bayerischen Volkspartei und der von ihr getragenen Regierung ist in ihren eigenen Kreisen ein Kritiker entstanden, wie ihn bisher schärfer nicht einmal eine sozialdemokratische Einstellung hervorgebracht hat: die christlich organisierte Arbeiterchaft. Ihr Organ, das „Nachrichtenblatt der christlichen Gewerkschaften Münchens“, befaßt sich in seiner letzten Nummer mit den Ergebnissen des bayerischen Ministerrats vom 17. August, der bekanntlich scharf gegen die neue Reichsregierung Stellung genommen und zugleich schwere Bedenken gegen die neue Steuerleggebung ausgesprochen hat, weil diese angeblich den Besitz zerstöre. Dieses Blatt schreibt:

„Man muß sich an den Kopf fassen und fragen, ob denn München noch in Deutschland liegt. Das Deutsche Reich kämpft auf Leben und Tod um seine Existenz, die deutsche Währung ist durch die Steuerlächer der bestehenden Kreise zerrüttet, ja bald vernichtet. Und da führt die bayerische Staatsregierung gegen eine Steuerleggebung, die vom Reichstag mit Einschluß der Bayerischen Volkspartei beschlossen worden war, einen Dolchstoß von hinten und ermordet geradezu die Steuerzahler, auch diese Steuern wiederum nicht zu zahlen. Dem will man denn gefallen mit einer derartigen bayerischen Regierungsweise? Dem wertvollen Volke sicher nicht, sondern lediglich den Werteln, die, aus Haß gegen den Volksstaat, Berlin einem modernen Sabel gleichstellen, die Reichsminister als unfähige Trottel oder gewissenlose Lumpen hinstellen und auf den Trümmern der deutschen Republik die alte Herrschaft wieder aufzurichten wollen. In Wirklichkeit dient man mit einer derartigen Politik den Franzosen.“

Die christliche Arbeiterchaft hat alle Ursache, aufmerksamen Auges die bayerische Politik zu verfolgen; damit die Feinde des Volksstaates und der Arbeiterchaft nicht reiflos die Herrschaft an sich reißen.

Unser Heil liegt nicht in der Zertrümmerung, sondern in der Einheitlichkeit der deutschen Kräfte. Der Feind steht an der Ruhr, am Rhein und in der Pfalz, nicht nördlich des Rheins, wie manche Leute mit Vorliebe hinzustellen pflegen. Möge die bayerische Regierung mit ihrer heutigen Politik mal einen gnädigen Richter finden.“

Die christlichen Gewerkschaften Münchens und Bayerns, die nahezu einhunderttausende Mitglieder zählen, stehen unter Führung des Abg. Funke von der Bayerischen Volkspartei. Funke ist ein wegen seiner Umsicht und Objektivität in weiten Kreisen geschätzter Mann, dem es natürlich bisher nicht gelingen konnte, innerhalb der Partei zur Geltung zu kommen. Der wiedererlebene Artikel, für den er die moralische Verantwortung trägt, ist sicher als Warnungs- und Kampfruf aufzufassen. Es ist anzunehmen, daß er bedeutende Rückwirkungen haben wird.

## Verbot der Sedanfeiern.

### Eine Verfügung der sächsischen Regierung.

Dresden, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Die sächsische Regierung hat alle Veranlassungen, die die rechtsradikalen Organisationen für den auf den nächsten Sonntag fallenden „Sedanfest“ planen, verboten. Unter das Verbot fallen sowohl Kundgebungen unter freiem Himmel als „Feiern“ in geschlossenen Räumen. Das Verbot wird mit den Untrieben begründet, die die deutschpolitischen Hitler-Anhänger nicht nur für München, sondern für das ganze Reich für den 2. September planen.

Der preussische Minister des Innern weist in einer Verfügung an die Staats- und Kommunalbehörden erneut darauf hin, daß zur Befestigung der monarchistischen Hoheitszeichen auf den Amtsschildern nicht nur die Entfernungen der früheren Adler-Insignien, die Krone, Szepter und Reichsapfel genügt, sondern der frühere Adler restlos zu beseitigen und durch den sitzenden schwarzen Adler der Republik zu ersetzen ist. Ebenso soll das frühere preussische Wappen der Monarchie mit den beiden Männergestalten entfernt werden.

## „Sowjetmethoden in Deutschland“.

In unserer Morgenausgabe vom 18. August veröffentlichten wir die Zuschrift eines alten Genossen, Mitglied des Zentralverbandes der Zimmerer, der gezwungen den von den Kommunisten ausgerufenen „Generalstreik“ mitmachte, am Dienstag, den 14. August, wieder zur Arbeit zurückkehrte und deshalb mit noch anderen Arbeitskollegen von den kommunistisch verheißenen Zimmerern am folgenden Tage gewaltsam von der Baustelle entfernt und seiner Arbeitsstelle beraubt wurde. Bei den Auseinandersetzungen mit den kommunistischen „Kameraden“ erklärten diese, der Vorstand der Berliner Ortsverwaltung der Zimmerer habe den Rat gegeben, mit den „Streikbrechern“ Tabula rasa zu machen.

Der Vorstand der Ortsverwaltung Berlin des Zimmererverbandes — unterzeichnet Repschläger — sendet uns nun ein langes Schreiben, in dem er bekreidet, einen derartigen Beschluß gefaßt zu haben. Es sei auch unwahr, wie in unserer Zuschrift angedeutet war, daß der Arbeitsvermittler des Verbandes Mitglied des Vorstandes sei und auch bisher seine Freunde „paritätisch“ bevorzugt.

Es sei weiter unwahr, daß die Opposition unserer Verksammlungen dadurch verstummt ist, weil die „christlichen Sozis“ nicht in jeder Versammlung Geld und Loben riskieren wollen. Wahr ist vielmehr, daß die Versammlungen der Zimmerer, solange ein kommunistischer Vorstand (unter Repschläger) besteht, noch parlamentarischen Brauch gekannt und geübt werden und keine Versammlung einen unregelmäßigen Verlauf genommen hat.

In dieser wunderbaren Art „berichtigt“ der Berliner Zimmerer-Vorstand noch allerhand Dinge, die in der Zuschrift gar nicht behauptet wurden. Nur eines berichtigt den kommunistische Vor-

stand nicht, nämlich die Tatsache der gewaltsamen Entfernung von der Baustelle durch kommunistisch verheißene Arbeitskollegen! Und darauf allein kommt es an. Wenn der kommunistische Ortsvorstand der Zimmerer nachträglich den Versuch macht, die Verantwortung für diese Terrorakte abzulehnen, so wird er damit niemanden überzeugen können.

Hat der gleiche Vorstand nicht in einer Resolution beschließen lassen, daß der Kampf nicht ausgegagt wird in Parlamenten und mit geistigen Waffen. (Siehe „Vorwärts“ Nr. 357 vom 2. August.) Wenn in derselben Resolution gegen unsere Genossen in der niederträchtigsten Weise gehet wird, wenn sogar in den feierlich beschlossenen „Berichtigung“ diese Hege ganz unerschämte fortgesetzt wird, dann müßte der kommunistische Vorstand der Berliner Zimmerer sehr naiv sein, wenn er sich über die praktische Auswirkung seiner Hege gegenüber den sozialdemokratisch orientierten Mitgliedern verwundert stellt.

## Wertbeständige Anleihe des Deutschen Reiches

Sie sichert dem Einzelnen Kapital und Zins entsprechend dem jeweiligen Stande des Dollars.

Keine Einkommensteuer — keine Erbschaftsteuer für das selbstgezeichnete Stück.

Beste Anlage auch für kleine Beträge.

## Zusammenstöße im Ruhrgebiet.

Recklinghausen, 29. August. (Eigener Drahtbericht.) Am Dienstag kam es in Herne zu blutigen Zusammenstößen. Der Betriebsinspektor der Zeche „Friedrich der Große“ war von Arbeitern, die er zur Arbeit aufgefordert hatte, mit einer Eisenstange schwer mißhandelt worden. Die Beamten traten deshalb in einen Proteststreik. Als die Direktion die Entlassung der Arbeiter anordnete, die den Betriebsinspektor mißhandelt hatten, legte die Belegschaft zum Teil den Betrieb still und löschte die Feuer. Sämtliche Anlagen wurden von den streikenden Arbeitern besetzt. Arbeitswillige wurden durch kommunistische Elemente zurückgehalten. Als Polizei anrückte, wehrten sich die Streikenden. Es erfolgten Zusammenstöße mit proletarischen Hundertschaften, die, in Schützenlinie ausgeschwärmt, zum Angriff auf die Polizei vorgingen. Getötet wurde ein Mann, vier Personen erhielten schwere Verletzungen.

## Kommerzienrat Fall.

Das Oberpräsidium Münster verbreitete am Mittwoch eine Darstellung über den merkwürdigen Zwischenfall des Kommerzienrats Fall, den die französische Besatzung als ihren Schlingling rechtzeitig vor der deutschen Schutzhaft bewahrt und in eigene Schutzhaft genommen hat. Die amtliche Darstellung soll die Fahrlässigkeit, die sich Oberpräsident Gronowski zweifellos in diesem Falle zuschulden kommen ließ, bemängeln; sie bestätigt jedoch voll und ganz unsere Darstellung. Trotz aller Schritte der Elberfelder Behörden konnte sich das Oberpräsidium nicht zu der unbedingt gebotenen Schutzhaft entschließen; die schwerwiegenden Akten des Polizeipräsidiums Elberfeld über Fall erschienen dem Oberpräsidium zu „dürftig“. So war es Fall ein Reiches, auf die über ihn verhängte und für Münster bestimmte Aufenthaltbeschränkung zu prüfen und sich ins besetzte Gebiet nach Bienen zu begeben, um sich dort der französischen Schutzhaft anzuerkennen, just an dem Tage, da die Elberfelder Staatsanwaltschaft endgültig Haftbefehl beantragt hatte. Tags darauf, als der Vogel entflohen war, erging auch der richterliche Haftbefehl, aber die Bedenken des Oberpräsidiums hatten obgesiegt.

## Gewerkschaftsführer verhaftet.

Mainz, 28. August. (W.F.B.) Heute morgen wurde der Vorsitzende der freien Gewerkschaften in Mainz, Stadtordeener und Mitglied des Reichswirtschaftsrates Wilhelm Thomas, von den Besatzungsorganen verhaftet. Der Grund der Verhaftung ist nicht bekannt.

Münster i. W., 29. August. (Eigener Drahtbericht.) In Dortmund ist, wie erst jetzt bekannt geworden, am 22. August nachmittags auf dem Westbahnhof die Tochter Irene des Eisenbahnarbeiters Mareit von einem französischen Offizier umgeritten worden. Sie erlag noch an demselben Tage ihren Verletzungen. Ueber Bochum ist seit gestern mittag angeblich wegen Verletzung eines angegriffenen französischen Offiziers als Sanktion die Einstellung des gesamten Straßenbahnverkehrs mit Ausnahme der Strecken von Herne und Hattingen verfügt worden. Weitere Sanktionen sind angekündigt. Auf der Bahnstation Hammerstein bei Bobwinkel wurden im Laufe des gestrigen Tages etwa 50 Personen, die im Besitz eines englischen Geleisweines waren, von den Franzosen festgenommen, schwer mißhandelt und nach mehrstündiger Haft in das unbesetzte Gebiet abgeführt. Die Pässe wurden zerrissen. Das Zollamt in Bobwinkel ist gestern von den Franzosen besetzt worden. Der Zollinspektor Schmidt und 4 weitere Beamte wurden festgenommen.

Noch einmal der Prozeß Dehne. Zu seinem im gestrigen Morgenblatt veröffentlichten Auslassungen über den Prozeß Dehne schreibt uns Genosse Breuer: „Der Urteilsbegründung habe ich nicht mehr beimohnen können. Sie wurde mir telephonisch übermittelt. Hierbei ist ein Irrtum unterlaufen. Eine Verurteilung Dehnes wegen der Mitteilung von Unstimigkeiten im Reichsamt bei Einleitung der Ruhrpolitik ist nicht erfolgt. Das ist zu begrüßen. Verurteilt wurde Dehne nur wegen zweier Verbrechen über die Vorbereitung bewaffneter Widerstandes durch „Vaterländische Organisationen“ und den Hinweis, daß diese Absichten verantwortlichen Stellen bekannt seien und von ihnen gebilligt würden. Danach ist also die gesamte Anklage, soweit sie auf dem Entschien des Auswärtigen Amtes beruht, vom Gericht preisgegeben worden. Im übrigen muß noch festgestellt werden, daß von den circa 1000 Berichten, die vorliegen, 45 inkriminiert worden waren. Von dieser hat der Oberreichsanwalt 4 für strafbar gehalten und das Gericht nur 2 für strafwürdig erkannt. Dieser Maßstab ist kennzeichnend für die unökonomische Behandlung, die das ganze Verfahren durch die ihm zugrunde liegenden Gutachten erfahren hat.“

Das neue japanische Kabinett. Admiral Graf Gombai Yamamoto ist mit der Neubildung des Kabinetts als Nachfolger des verstorbenen Grafen Kato beauftragt worden. Diese Ernennung bedeutet einen vollständigen Wechsel der Politik des japanischen Kabinetts, da der neue Ministerpräsident ein Vertreter des alten privilegierten Adels ist.

## Ehrhardts Fluchthelfer.

In Berlin ist Ende voriger Woche bekanntlich eine neue Verhaftung im Zusammenhang mit der Flucht des Kapitäns Ehrhardt aus dem Leipziger Untersuchungsgefängnis erfolgt. Es handelt sich dabei um den Bruder des seit Ehrhardts Flucht verschwundenen Waffow v. Prince, Hasso v. Prince, der auf Grund eines vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes erlassenen Steckbriefes festgenommen wurde, weil er ebenso wie sein Bruder im Verdacht der Begünstigung des Fluchtunternehmens steht. Prince soll nunmehr unverzüglich von Berlin nach der Leipziger Gefangenenanstalt übergeführt werden, in der bekanntlich auch die übrigen bisher verhafteten Helfer Ehrhardts untergebracht sind.

## Wirtschaft

### Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

| Durchschnitt Mal.   | 3816      |
|---------------------|-----------|
| „ Juni . . . . .    | 7 650     |
| „ Juli . . . . .    | 37 651    |
| 4. Juli . . . . .   | 16 180    |
| 11. „ . . . . .     | 21 511    |
| 16. „ . . . . .     | 28 892    |
| 23. „ . . . . .     | 39 336    |
| 30. „ . . . . .     | 71 470    |
| 6. August . . . . . | 149 531   |
| 13. „ . . . . .     | 436 935   |
| 20. „ . . . . .     | 753 733   |
| 27. „ . . . . .     | 1 183 434 |

Steigerung gegen die Vorwoche 37 Proz.

Ueber die Ermittlung der Indexziffer veröffentlicht das Statistische Reichsamt nach der Kritik, welche die Festsetzung der Indexziffer für die letzte Woche gefunden hat, folgende Mitteilungen: Die Steigerung ist auf Grund der Preisnachweisung von 24 Städten errechnet worden. Für die vorige Woche hatte sich, infolge des Anschlusses an den nur 14-tägig vorliegenden Index für den erweiterten Kreis von 71 Gemeinden, ein anderer Teuerungsziffer (72,5 Proz.) ergeben, als der aus dem einfachen Mittel in den Wochenberichts-Städten errechnete (54 Proz.). Diesmal kommt eine solche Angleichung nicht in Frage, da eine neue Teuerungsziffer aus den 71 Gemeinden nicht vorliegt.

Sonstige Preisermittlungen über die letzte amtliche Indexziffer sind unrichtig.

Dazu ist zu bemerken: Für die Festsetzung der Arbeitslöhne ist, nachdem der neue Index bekannt wurde, die Abweichung der Indexziffer in der vorigen Woche von geringem Betrag. Wo die Tarife in der letzten Woche nur eine Steigerung von 54 Proz. berücksichtigt haben, also die uns als maßgeblich bezeichnete Zahl 672 779 verwendet haben, wird in dieser Woche die Spannung zwischen dieser und der neuen Indexziffer berücksichtigt werden müssen. Sie beträgt 75,9 Proz.

Durch die Erklärung des Statistischen Reichsamts wird der Widerspruch nicht aus der Welt geschafft, der immer wieder sich einstellen muß, wenn man zwei verschiedene große Kreise von Gemeinden mit verschiedenen Teuerungsraten abwechselnd berücksichtigt. Es kommt bei der Reichsindexziffer darauf an, daß sie einfach und unanfechtbar ist. Das wird aber nicht der Fall sein, wenn man keinen festen Kreis von Gemeinden zugrunde legt. Mit den Unklarheiten bei der Veröffentlichung der vorliegenden Indexziffer hat das Statistische Reichsamt der Arbeiterchaft einen schlechten Dienst getan und der Propaganda gegen wertbeständige Löhne sehr geholfen. Wenn die Berücksichtigung von 71 Gemeinden nicht in jeder Woche durchführbar ist, sollte man den verkleinerten Kreis von 24 Städten noch Möglichkeit so wählen, daß derart große Differenzen, wie in der vorliegenden Woche, nicht vorkommen können. Das Statistische Reichsamt wird doch schließlich von der Volksgemeinschaft nicht nur dafür unterhalten, daß es einbringliche Studien über die angebliche Notlage der höheren Beamten und andere Statistiken von recht akademischem Werte ausarbeitet.

Devisenkurse. Die amtlichen Mittelkurse für die Hauptdevisen waren, wie aus dem Kurzettel in dem größten Teil unserer gestrigen Abendausgabe bereits hervorging: Dollar 7,5 Millionen, Pfund Sterling 34 Millionen, 1 holländischer Gulden 2,94 Millionen. Im übrigen ist der Kurszettel noch nachzutragen: 1 schwedische Krone 1 995 000 Geld, 2 005 000 Brief; 1 finnische Mark 209 475 Geld, 210 525 Brief; 100 österreichische Kronen 10 573 Geld, 10 627 Brief; 1 tschechische Krone 219 450 Geld, 220 550 Brief; 1 ungarische Krone 418,95 Geld, 421,05 Brief; 1 bulgarische Lewa 77 805 Geld, 78 193 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 77 805 Geld, 78 193 Brief.

## Die höchste Zeit

Ist es für jeden, der es bisher verjäumt hat, ein Abonnement auf den „Vorwärts“ aufzugeben. Der „Vorwärts“ unterrichtet ihn über alle politischen und wirtschaftlichen Vorgänge, er hat einen umfangreichen lokalen Berichterdienst und ein ausgezeichnetes Feuilleton. Der „Vorwärts“ ist das Sprachrohr der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und besonders der Berliner sozialistischen Arbeiterwelt. Deshalb behandelt er alle Fragen vom Standpunkt der sozialistischen Weltanschauung. Besonders eingehend unterrichtet er die Leser über die gewerkschaftlichen Bewegungen. Auch dem Arbeiter-sport und der Jugendbewegung gehört sein Interesse. Seine Unterhaltungsbeilagen „Heimwelt“ und „Volk und Zeit“ (diese reich illustriert) erfreuen sich allseitiger Beliebtheit.

Jeder handelt im eigenen Interesse, wenn er zum Monats-schluss einen neuen Leser wirbt für den

### „Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14-tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

vorn \_\_\_\_\_ Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei \_\_\_\_\_







Der Jüngling mit den Devisen.

Coupegespräche sind manchmal sehr lehrreich. Jähren zwei Freunde oder gar nur Bekannte zusammen, so enthüllen sie mit einem lobenswerten Freimut ihre geheimsten Gedanken. Bekanntlich hat dieses Schwächenmüssen, das „Richtdichthaltenkönnen“ von Geheimnissen, in der Politik oft genug Schaden gestiftet, andererseits aber auch Nutzen gebracht. So brüstete sich neulich ein junger Mensch, der kaum das wahrnehmbare Alter erreicht haben dürfte, zu seinem Freunde, der noch jünger war, mit seinen erfolgreichen Devisenspekulationen, die, wie ein dem letzteren gezeigter Bankausweis lehrte, in die Millionen Papiermark gingen. Gibt dieses Vorkommnis nicht zu denken, in einer Zeit, wo der Finanzminister bestrebt ist, alle Devisen für das Staatswohl mobil zu machen? Laufen nicht Tausende solcher Jünglinge und älteren Personen umher, die ohne einen Schein von Berechtigung sich mit Devisenspekulation befassen? Und bleiben diese nicht frei von dem gefährlich proklamierten Zwange der Offenbarung des Devisenbesitzes? Bauer fragen, die nicht so obenhin mit einem Achselzucken abgetan werden sollten. Wäre es nicht möglich, von jedem deutschen Mann und jeder deutschen Frau — ach ja, die Madonnas spekulieren auch schon heftig — eine Erklärung einzufordern? Gewissermaßen sie an die Wachtel zu bringen, in die sie ihre Erklärung hineinwerfen. Auch die Primaner nicht zu vergessen, die ja auch oft im Besitz reichen Taschengeldes sind. Ernstliche Zeiten erfordern ungewöhnliche Maßnahmen, und so ungewöhnlich wäre ein solcher Devisenwähltag ja im Grunde nicht. Jeder Kaufmann einer finanziellen Leistung auf einer vorhergegangenen Steuerleistung begrenzt von vornherein den Kreis der in Frage kommenden Personen (Einkommensteuer — Devisenabgabe). Dem stets mit Empfinden gefüllten Sparsinn wird ja durch die Gegenleistung: Hergabe von Dollarkonten usw., Rechnung getragen; und das spekulative Element soll beseitigt werden. Eigentlich gehörte dem „Jüngling mit den Devisen“ ja etwas anderes zugemessen — eine exemplarische Strafe für sein Beginnen, den Staat, die Gesamtheit des Volkes, und somit sich selbst zu schädigen —, aber seien wir großmütig, wie es ja auch der Befehlshaber ist, wenn große Ziele winken.

Coupegespräche können manchmal lehrreich sein; man muß nur die richtige Augenwendung daraus ziehen.

Die neuen Eisenbahnfahrpreise.

Schlüsselzahl 600 000.

Die Schlüsselzahl für die erste Septemberhälfte zur Berechnung der Personenfahrpreise ist auf 600 000 festgelegt. Die Grundpreise, die in der 3. und 4. Klasse genau den Vorkriegspreisen entsprechen, für die 2. und 1. Klasse jedoch stark erhöht wurden, betragen: Für 1 Kilometer im Personen- oder Güterzug (sogen. „Einheitspreise“) in der 4. Klasse 2,2 Pf., 3. Klasse 3,3 Pf., 2. Klasse 4,9 Pf., 1. Klasse 19,8 Pf. Die sich hieraus ergebenden Grundpreise werden bis 10 M. auf 10 Pf., über 10 bis 40 M. auf 20 Pf. und darüber hinaus auf volle Mark abgerundet und dann mit der Schlüsselzahl vervielfacht. Die Mindestfahrpreise betragen in den vier Klassen: 1.20, 0.90, 0.30 bzw. 0.20 M. Die Schnellzugzuschläge betragen in der 1. Zone (bis 75 Kilometer) 1. Klasse 3 M., 2. Klasse 1,50 M., 3. Klasse 0,50 M.; in der 2. Zone (über 75 bis 150 Kilometer) 1. Klasse 6 M., 2. Klasse 3 M., 3. Klasse 1 M. und in der 3. Zone (über 150 Kilometer) 1. Klasse 9 M., 2. Klasse 4,50 M., 3. Klasse 1,50 M. Die Zuschläge für FD-Züge (die voraussichtlich erst wieder im Sommer verkehren) betragen für kurze Strecken (Berlin-München oder Köln) 1. Klasse 20 M., 2. Klasse 10 M., für kurze Strecken (Berlin-Hamburg) 1. Klasse 10 M., 2. Klasse 5 M. Reisegepäck: für je 10 Kilometer auf 1 Kilometer 0,85 M.; Mindestfracht 0,60 M. Bäckereien für D-Züge (vierstündiger Vorverkauf in allen REA-Bureaus): 1. Klasse 1,60 M., 2. Klasse 0,80 M., 3. Klasse 0,25 M. Bahnsteigkarte: 0,20 M. Bäckereien für Schlafwagen: 1. bis 3. Klasse werden zunächst nicht nach Grundpreisen berechnet. Aus diesen Grundpreisen, die unverändert bleiben sollen, ergeben sich durch Veranschlagung mit der Schlüsselzahl die jeweils gültigen Fahrpreise; die Schlüsselzahl soll, je nach den Schwankungen des Geldwertes, alle Halbdonate oder jeden Monat neu festgesetzt werden. Bemerkenswert bei den neuen Grundpreisen ist das veränderte Verhältnis der Klassen untereinander: (Friedensjahr: 2:3:4,5:6), das heute so aussieht: 2:3:9:18, d. h. die zweite Klasse kostet das Dreifache der dritten (früher das Ander-

halbfache), die erste Klasse das Doppelte der zweiten, das Sechsfache der dritten und das Neunfache der vierten, während früher die erste Klasse nur das Dreifache der vierten betrug.

Weitere Einschränkung des Personenverkehrs. Halbamtlich wird mitgeteilt: Die Rückwirkung der Ruhrbesetzung und die Beförderung der lebenswichtigen Güter, besonders der Ernte, zwingen die Eisenbahn, zur Bewältigung des Güterverkehrs alle Kräfte auf das äußerste anzuwenden. Diese Notwendigkeit zwingt ihrerseits zu Einschränkungen des Personenverkehrs, dessen Anschwollen unmittelbar auf den Güterverkehr einwirkt und zu einem erheblichen Teil auf wirtschaftlich nutzlose Fahrten zurückzuführen ist. Um die zahlreichen den Güterverkehr störenden Sonderzüge zu festlichen Veranstaltungen aufs äußerste einzuschränken, blieb nichts übrig, als die Genehmigung von sogenannten Gesellschafts- und Sonderzügen zu ermäßigtem Fahrpreis) vorübergehend den zuständigen Behörden überhaupt zu unterlagen.

Ein bestialisches Räuberstück.

Eine Schwerverkranke überfallen und mißbraucht.

Ein ungeheuerliches Verbrechen, das in der Kriminalgeschichte Berlins einzig dasteht, ist in der Nacht zum Mittwoch in einem Pensionat am Nürnberger Platz verübt worden. Hier wohnte im ersten Stock eine ausländische Dame, die schwer leidend ist und ihrer Pflege auch die Nacht über eine Krankenschwester bei sich hat. Die beiden Frauen haben zwei Zimmer, die abgeleitet nebeneinander liegen. In der fraglichen Nacht wurde die Schwester, die ebenso wie ihre Patientin im Schloße lag, gemordet. Beim Schein des Nachtlichtes sah sie zu ihrem Schrecken einen elegant gekleideten Mann vor sich stehen, der ihr eine Pistole vor die Augen hielt. Der nächste Geiß, der auf Strömungen ging, forderte sie auf, sich ruhig zu verhalten und ihre Schmuckstücke herauszugeben, was die Geängstigte auch tat. Dann befahl ihr der Eindringling, das Bett zu verlassen und sich in einem im Zimmer befindlichen Kleiderschrank zu verbergen, den er aufschloß. Jetzt band sich der Verbrecher eine schwarze Maske vor, trat an das Bett der inzwischen erwachten Patientin, richtete seine Pistole auf sie und verlangte auch von ihr alle Schmuckstücke. Immer die Pistole in der rechten Hand, packte er alles, Schmuckstücke und Kleidungsstücke, in zwei Koffer, fiel dann über die wehrlose Kranke her und vergewaltigte sie. Darauf ließ er die beiden Koffer an einem Strick vom Balkon hinunter, rief seinen unten stehenden Gefährten zu, sie möchten mit der Beute schon gehen, er selbst bleibe noch etwas oben, um die Weiber in Schach zu halten, wenn sie etwa Miene machen sollten, Alarm zu schlagen. In der Tat blieb er auch noch und forderte nun auch die Patientin auf, sich zu erheben und aufzustehen. Auch sie sperrte er zu der Schwester in den Kleiderschrank. Vor Angst blieben die beiden Frauen noch etwa eine Stunde im Schrank. Als sie sich endlich herauswagten, war der Verbrecher verschwunden. Die Ueberfallenen setzten nun die Zimmerklingeln in Bewegung, und die Hausgenossen benachrichtigten die Polizei. Die Kriminalpolizei erschien sofort am Tatort und nahm die erforderlichen Nachforschungen auf. Für die Ermittlung und Ergreifung des Verbrechers und die Wiederbeschaffung des geraubten Gutes ist eine Belohnung von 50 Millionen Mark ausgesetzt. Mitteilungen nimmt Kriminalkommissar Werneburg im Zimmer 79 des Polizeipräsidiums entgegen. Die geraubten Koffer, ein Hutkoffer mit dem Zeichen A. B. und ein flacher Koffer, der R. A. gezeichnet ist, enthalten bares Geld, Schmuckstücke, Kleidungsstücke, Stoffe und Pelzstücke, darunter einen Hermelinrock. Der Räuber ist ein Mann in den mittleren Jahren. Er trug einen eleganten Sportanzug.

Ein neuer Sportplatz in Weihensee.

Unter zahlreicher Beteiligung fand am Sonntag nachmittag in Weihensee die Einweihung eines Spiel- und Sportplatzes statt. In den Mittagsstunden sammelten sich die Schulen und Vereine in der Spitze der Prenzlauer Promenade, um unter Vorantritt einer Straßenbahntruppe zu dem am Faulen See gelegenen Sportplatz zu marschieren. Oberbürgermeister Böhm begrüßte die Erschienenen und hob in seinen Ausführungen hervor, daß die Erschaffung dieses Platzes nur im neuen Berlin durchgeführt werden konnte. Darauf übergab Bürgermeister Pfannkuch dem zuständigen Dezernenten, Stadtrat Fischer, das Gelände. Der neue Platz präsentiert sich den Besuchern noch unvollendet. Zwar ist er soweit fertig, daß die Sportler ihn benutzen können, doch ist das zusehende Publikum, wie Bürgermeister Pfannkuch in seiner Aussprache zum Ausdruck brachte, gegen Wind und Wetter zurzeit

noch ungeschützt. Vorführungen der einzelnen Schulen, Turn- und Sportvereine, so u. a. Freilübungen, sportliche Wettkämpfe, Faust- und Fußball, sowie Hochspiele, beschloßen das Programm.

Ein Kuppelquartier.

„Speckseiten“ — „Delikatessheringe“ — „Paprika“.

Unter der Anklage der schweren Kuppelerei hatte sich freies vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte die Pensionsinhaberin Ida Schulz zu verantworten. Die Angeklagte unterhielt im Zentrum ein Fremdenpensionat, in dem vorzugsweise japanische Studenten wohnten. Durch eine Anzeige von Nachbarn war die Kriminalpolizei auf das Treiben in der Wohnung aufmerksam geworden und hielt eines Nachts, nachdem das Grundstück auf der Vorder- und Hintertreppe abgeriegelt worden war, eine Razzia ab. Neben den Japanern wurden auch verschiedene Fremde in dem Pensionat festgenommen, die mit ihren Berliner Freundinnen in der Reichshauptstadt über die Feiertage hinwegkommen wollten. Nach der Anklage wurde der Angeklagten zum Vorwurf gemacht, daß sie gemäß der Aussagen einer Modistin für die Japaner aus ihrem Pensionat ein förmliches Peshiwa (das Liebesdortel von Tokio) gemacht habe. Sie soll nämlich im März d. J. drei Mädchen telephonisch zu einem „Nachmittagstee“ eingeladen haben, der schließlich in eine wilde Orgie ausartete. Der als Zeuge geladene Kriminalkommissar Kunze II gab ein Bild über den Betrieb in den Kuppelquartieren im modernen Berlin. Nach seinen Befundungen gibt es gegenwärtig 40 bis 50 Frauen, die stets eine Anzahl junger Mädchen in Bereitschaft halten und diese auf telephonischen Anruf an die „Fremdenpensionate“ anliefern. Bei den Bestellungen bedienen sich diese Telephonkuppelrinnen eines besonderen Code, indem die Dirnen meist als Lebensmittel bezeichnet werden. So wurden bestellt „Speckseiten“, „Delikatessheringe“, „Paprika“ u. a. Rechtsanwalt Dr. Bindor bestritt, daß es sich bei der Angeklagten um eine gewerbmäßige Kuppelerei handele; ihre Leichtgläubigkeit sei vielmehr von den Japanern ausgenutzt worden. Ueberdies habe sie selbst in großer Not gelebt, da sie ihre 82jährige Mutter mitzuerzählen habe, die nur eine Rente von monatlich 1000 Papiermark bezog. Das Gericht ließ dementsprechend Milde walten und erkannte auf 500 000 M. Geldstrafe, für die der Angeklagten auch noch Ratenzahlungen bewilligt wurden.

Die Neuregelung der Hebammengebühren.

Auf Grund der Vereinbarungen zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter (Abteilung Deutscher Hebammenbund) und dem Polizeipräsidenten von Berlin werden die amtlichen Gebührensätze nunmehr auf eine erheblich niedrigere Grundlage gebracht. Die Höhe der Gebührengordnung vom 27. November 1922 gelten als Grundgebühren. Diese werden vervielfacht mit der Indexziffer, die alle 14 Tage im Ministerium für Volkswohlfahrt festgelegt wird von einer Kommission, die aus Vertretern der Krankenkassen, der Ärztekammer und des Volksabstimmungsbeirates besteht. Vom 15. August ab gilt die Schlüsselzahl 2000. Von diesem Tage ab gelten also die nachstehenden amtlichen Gebühren mal 2000.

Für den Bestand bei einer regelmäßigen und auch bei einer frühzeitigen Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden 1000 bis 6400 M., für jede folgende Stunde 40 bis 200 M. Für den Bestand bei einer Zwillinggeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eklampsie, mit Lösung der Nachgeburt oder mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundener Geburt für die Dauer bis zu 12 Stunden erhöht sich der Anfangssatz zu 1 auf 1200 bis 7200 M. Bei einer Geburt, bei der ein Kind abgezeugt wurde, erhöht sich die Gebühr zu 1 und zu 2 um 240 bis 1200 M. Für den Bestand bei einer fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei Abnahme einer Weile für die Dauer bis zu 6 Stunden 600 bis 2400 M., für jede folgende Stunde 40 bis 200 M. Für eine Rationierung und Unterhaltung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 48 bis 200 M., bei Nacht das Doppelte. Für den Bestand bei einer ärztlichen Operation für die angefangene Stunde 60 bis 240 M. Bei Beratungen in Häusern, die mehr als zwei Kilometer von der Wohnung der Hebamme entfernt liegen, sind der Hebamme, falls ihr nicht freies Fuhrwerk gestellt wird, sowohl für den Hin- als auch für den Rückweg entweder die baren Auslagen für tatsächlich benutztes Fuhrwerk oder 8 M. Begegnungsgeld für jedes zurückgelegte Kilometer Landweg bzw. die Fahrkosten der 3. Wagenklasse bei Benutzung der Eisenbahn oder der Fahrpreis der Straßenbahn bei deren Benutzung zu erstatten. Im übrigen sind der Hebamme die baren Auslagen für die bei ihrer Hilfeleistung verwendeten Desinfektionsmittel und Verbandstoffe, soweit diese nicht aus öffentlichen Mitteln zur Verfügung gestellt wurden, zu erlegen.

Kilian.

Roman von Jakob Bühner.

Maruschka! Auch sie verdiente ihr Geld! Auf ihre Art! Warum nicht? Was geht's dich an? — Und wo bleibt deine Menschenliebe?

Kilian schlug sich heftig an die Stirne: Was habe ich mich denn überhaupt um die Menschen zu kümmern? Kümmert sich jemand um mich? Wo steht denn geschrieben, daß man Revolutionäre sein muß? — Wie denn? Die Welt ist doch ganz gut! ... Nein, schrie es in ihm auf, sie ist entsetzlich! Darum! — Darum muß man Revolutionär sein. — Ich kann doch nicht, ich will doch nicht, ich verstehe nichts von Politik, ich gehöre nicht mehr zur Partei! — Seit drei Jahren nicht mehr! — Was geht das mich an? — Du bist ja auch nicht dabei geblieben, Mathilde! — „Man hat mir das Rückgrat gebrochen!“ — Wer denn? Deine Mutter? Oder die Arbeiterfrauen? Die nichts von dir wissen wollten? Oder gar ich, weil ich zu jung war? Zu dumm! Und weil ich den Bürgerlichen half, den Bögg aufzurichten?

Du liebe Zeit, mir hat man auch das Rückgrat gebrochen! Schon als Kohlenhändler. Schon vorher, als Arbeitsloser! Da wird man kirre, da wird man windelweich. — Verfluchter Fiß! Rauch doch nicht so ... Vollbringen, was feiner vollbracht ... Erschaffen, was nie mehr zerstört werden kann!

Also blüht es, nicht in Worten, sondern in Empfindungen und Gefühlen durch Kilians Hirn.

In maßloser Aufregung ging er auf den Schrank zu und zog unter der Wäsche hervor einen alten Revolver, den er in die Tasche steckte, nahm auch alles Geld und das Kassabüchlein an sich und ging davon.

Er stieg die Nebentreppe empor, lief über die Brücke den Marischalden hinauf und kehrte in großem Bogen gegen die Stadt zurück. Auf der Kirchenfeldbrücke blieb er stehen. Da, vor ihm, lag die Altstadt. Man ahnte ihre Umrisse in der Dunkelheit. Sie war zu dieser Stunde voll Festsfreude, voll trinkender, lachender, lustiger Menschen. Woher nahmen sie nur den Leichtsin?

Vielleicht, weil da unten zur Rechten das Münster stand?

Sah man dort nicht die Turmspitze hell und weißlich zum Himmel ragen? Ha, das Gotteshaus! Einen Gott hatten diese Menschen noch, bei denen man mit der härtesten Arbeit nicht, mit dem Handel wohl verdient! Einen Gott hatten sie! Darum konnten sie lustig sein und trinken.

Oder war es, weil dort oben zur Linken das Bundeshaus stand? Die Laternen vom jenseitigen Bundesplatz warfen einen zarten Lichtschein um den Kuppelbau, also daß er schwarz in schmalen Lichtreife stand. Das Bundeshaus! Darin machte man die Gesetze für die ganze Eidgenossenschaft. — Genossenschaft! War das denn eine Genossenschaft, in der man mit der härtesten Arbeit nichts, mit dem Handel wohl verdiente?

Zur Rechten das Gotteshaus, zur Linken das Bundeshaus, in der Mitte, grad vor sich, tief unter der Brücke — das Hurenhaus! — Das Hurenhaus! Maruschka! Angenommen! — Hier unten würde sie Ausschiffsdienste tun, die Maruschka, von elf Uhr ab, wenn die Wirtschaften sich entleeren, wenn die gottesfürchtigen Herren Eidgenossen noch das Löfflein aufs i legen wollen. Angenommen! Von elf Uhr ab, weil dann der Zudrang an solchem Markttag groß ist, sehr groß! Warum soll man nicht auch dies zu Markte tragen ... nicht wahr, Maruschka?

Im „Wildschwein“ war hinter den Russen große Aufregung: Wo bleibt denn der Bahl? Schließlich erschien er. Der „Direktor“ wusch ihm den Kopf: So spät zu erscheinen! Aber Kilian hörte gar nichts. Er schminnte sich ruhig und verlangte, daß man ihm Maruschka schicke, er habe mit ihr zu reden. Sie kam.

Er sagte: „Maruschka, ich will dich heiraten.“

„A geh!“ lachte sie, „wilst mi uzeh?“

„Im Ernst!“

Sie sah ihn an, und man fühlte durch ihre Schminke, daß sie ihn scharf betrachtete. Fast ängstlich und mit überraschend viel Gefühl im Ton sagte sie: „Bist krank, gelt?“ und strich ihm mit der Hand über die Stirne.

Er fuhr fort: „Loh das, und gib mir Antwort: Wilst du mich?“

„Aber naa!“ lachte sie.

„Warum nicht?“

„Aber geh, Bahl, ich hab' doch schon en Mann!“

„So?“

„Frei!“

Kilian kratzte sich die Fingernägel in die Handballen. Er dachte, die Tiere habens gut. Sie können brüllen. Und er sah Bleß, den dunkelfarbigen Zuchstier über einem Hügel der Gegend. Er sah vor weißlichem Abendhimmel stehen, langsam den schweren Kopf heben und ohne erkennbaren Grund dreimal tief und schwer aus dampfendem Maul stöhnen.

Kilian fragte: „Und — gehst du heut nacht?“

„A — darum? — Aber warum soll i denn nit gehe?“

„Und — wenn ich dir gebe, was du heut nacht verdienen kannst ...?“

Nun war sie wirklich überrascht. Es verflieg ihr die Stimme, und sie mußte dreimal schlucken, ehe sie antworten konnte. Dann sagte sie: „Geh, mach ta Dummketten. Sirg, an mir is nix mehr z' verberdn! — Du moanst es ja guet, aber ... na, naa, mit mir bist betrogen!“

Damit ging sie. Lachend! Kaum, daß eine Schulterbewegung verriet, wie sehr sie erschüttert war.

„Weiß!“ schrie Kilian.

Aber sie rief die Türe auf.

Da fiel ein Schuh.

Es war niemand getroffen.

Trotzdem wurde Kilian verhaftet. Ein Geheimpolizist, der im Lokal gefessen hatte, fand es für angezeigt, eine Staatsaffäre aus der Sache zu machen.

Kilian war ganz zerschlagen und schlief in der Zelle, in die er verbracht wurde, sehr bald ein. Am Morgen wurde er vor den Untersuchungsrichter befohlen, der ihn nach eingehendem Verhör auf freien Fuß setzte. Sein Geld wurde jedoch vorläufig in Beschlag genommen.

Ungefähr drei Monate später stand Kilian vor dem Schworenengericht unter der Anklage auf Mordversuch.

Das waren fürchterliche hundert Tage gewesen bis dahin. Kaum eine Nacht, daß er nicht aus dem Schlaf aufsprang, weil er sich selber noch geschrien hatte. Und doch war ihm vor ein, zwei Uhr morgens kein Schlummer gegönnt, aus steter Angst vor dem Gerichtstag. Er konnte so oder so ausgehen. Recht, Gerechtigkeit, Befehl — was war das? Darauf kam gar nichts an. Alles kam darauf an, wie die Richter die Sache anfaßen, ansehen wollten, wie viel guten Willen, wie viel Lust zu strafen sie mitbrachten.

(Fortsetzung folgt.)



